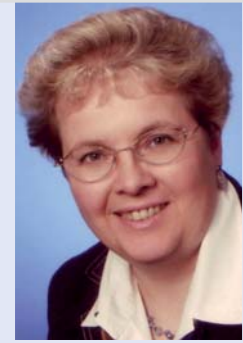


Willkommen im VDGAB



Wir freuen uns, in diesem Jahr 30 neue Mitglieder im VDGAB zu begrüßen. Eine von Ihnen stellt sich heute vor:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mein Name ist Antje Kassens und ich arbeite im Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig. Dort leite ich die Abteilung im Bereich Fahrzeugherstellung (Kfz, Lkw, Bus und Schienenfahrzeuge) und -reparatur, Maschinenbau, Elektrotechnik, Holz, Nahrungsmittel und Einzelhandel. Die Gewerbeaufsicht nimmt in Niedersachsen dabei sowohl die Aufgaben im Umweltschutz als auch im Arbeits- und technischen Verbraucherschutz wahr. Nach meinem Maschinenbaustudium arbeite ich jetzt fast schon 18 Jahre in der niedersächsischen Gewerbeaufsichtsverwaltung. Während dieser Zeit war ich einige Jahre an die Bezirksregierung Braunschweig (Dezernat Gewerbeaufsicht) versetzt, wo ich mit der Durchführung der Genehmigungsverfahren nach BImSchG befasst war, sowie zuletzt für 1 1/2 Jahre an das Umweltministerium Hannover abgeordnet. Schwerpunkt der letzteren Tätigkeit war die Steuerung der schrittweisen Einführung eines Qualitätsmanagements in die Gewerbeaufsichtsverwaltung Niedersachsens. In diesem Rahmen wurde in 2006 auch eine flächendeckende Unternehmensbefragung (Kundenbefragung) in Niedersachsen durchgeführt (siehe hierzu www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de).

Antje Kassens, Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig

Aus den Sektionen



LUWG-Präsident Dr. Rother aus aktivem Dienst verabschiedet

Unser langjähriges VDGAB-Mitglied Dr.Ing. Karl-Heinz Rother, seit 2004 Präsident des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht, ist im Mai 2007 in die Freistellungsphase der Alterszeit eingetreten. Umweltministerin Margit Conrad würdigte zum Abschied die Verdienste des promovierten Bauingenieurs, der seit 1975 in Diensten des Landes Rheinland-Pfalz stand. Insbesondere der Hochwasserschutz am Oberrhein war seit Beginn von Herrn Dr. Rother Tätigkeit die fachliche Herausforderung. Auf seine Initiative gingen die Flächenbewertungsstudien zunächst für die Pfalz, danach für Rheinhessen zurück, die wichtigste Grundlage für die Standortentscheidungen für die Hochwasserrückhaltungen. Weiterhin hat er unter anderem den modernen Hochwassermelddienst in Rheinland-Pfalz maßgebend mit geplant und begleitet. Auch die „Aktion Blau“ ist von ihm mitentwickelt worden. Über zehn Jahre nahm er Aufgaben in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der Regionalkommission Saar-Loire-Lux/Trier-Westpfalz als Vorsitzender wahr, daneben wirkte er in Bundesgremien des Katastrophenschutzes mit. Herr Dr. Rother wurde im Jahre 2000 als Leiter an das damalige Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht berufen. Während seiner Amtszeit fand die Zusammenlegung mit dem Landesamt für Wasserwirtschaft im Jahre 2004 zum Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht statt. Mit großem Engagement hat er das Profil des Landesamtes als eigenständiger Dienstleister geschärft und die Themen „Messen, Bewerten und Beraten“ zur Richtschnur unserer Fachbehörde gemacht.

Neuer Leiter des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz ist Dr. Stefan Hill.

Wolfgang Klein, Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz

Mehr dazu unter www.vdgab.de

Generationswechsel in Bayern

Die Sektion Bayern hat am 16.01.2007 Herrn Dr. Günther Gaag zum neuen Sektionsvorsitzenden gewählt. Sein Vertreter ist Herr Dipl.-Ing. Horst Blachnitzky.

Phaeno(menal) - Sektion Niedersachsen / Bremen auf Erkundungsgang in Wolfsburg

Am 09.05.2007 besuchte die VDGAB Sektion Niedersachsen/Bremen das Phaeno (www.phaeno.de) in Wolfsburg. Ein Vortrag vermittelte, wie das Phaeno aus einem Pool eingehender Vorschläge und Ideen Versuche für Laien im Bereich Naturwissenschaft/Technik entwickelt. Nicht vorgefertigte Abläufe beobachten ist das Instrument der Wissensvermittlung, sondern experimentieren, Irrwege erkennen und Ziele selbst erreichen. Der zweite Vortrag wurde von einem Vertreter der Wirtschaft gehalten. Darin ging es darum, wie das Wissen und Können aller Akteure im Betrieb erschlossen, weiterentwickelt und für alle verfügbar gemacht wird. 2,5 Stunden Qualifizierung wöchentlich sind Pflicht für jeden Mitarbeiter, der Besuch der entsprechenden Demo- und Wissensseiten im betriebseigenen Intranet dokumentiert die Teilnahme an der Qualifizierung. Bei Produktionsverläufen, die notwendige Zielvorgaben nicht erreichen, wird damit eine wichtige Kostenentscheidung begründet: Hat der Betrieb die Abweichung zu vertreten (z. B. Lieferengpass) wird die benötigte Mehr-Zeit von dort getragen, liegt die Ursache bei den Mitarbeitern (z. B. wegen fehlender und nicht dokumentierter Qualifizierung), so tragen diese die benötigte Mehrarbeitszeit selbst. Von 4.000 Mitarbeiter/Innen sind inzwischen 700 als Multiplikatoren von Lösungen und für Wissenstransfer aufgetreten. Als wesentliches Element für den Unternehmenserfolg wird dies in Zeitschriften vergütet. Bildung und Fortbildung sind hier als wichtige Bausteine der Standortpolitik ausgemacht. Nachmittags schloss sich ein geführter Rundgang mit Blick hinter die Kulissen an und ein wenig Zeit für eigenes Experimentieren blieb auch.

Dipl.-Ing. Almuth von Below-Neufeldt, Gerwerbeaufsichtsamt Göttingen

A + A 2007 18. - 21. September



Düsseldorf, 18. - 21. September 2007

Persönlicher Schutz, betriebliche Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Internationale Fachmesse mit Kongress und Sonderschauen

www.AplusA-online.de

Rund um die A+A 2007

Rund 55.000 Besucherinnen und Besucher werden zur A+A 2007 erwartet. Im A+A Kongress werden mehr als 350 hochrangige Experten aus Politik, Forschung und Praxis des Arbeitsschutzes referieren. Zu den Themen gehören z.B.: Neuordnung des Arbeitsschutzsystems und Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie, die Arbeitsschutz-, Lärm- und Vibrationsverordnung, das neue Konzept zur betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung kleiner Betriebe, die Neuordnung des Rechts der arbeitsmedizinischen Vorsorge, technischer Verbraucherschutz und Marktaufsicht, die Betriebssicherheitsverordnung und technische Regeln für Betriebssicherheit.

Der VDGAB auf der A+A 2007 - Der VDGAB ist im Treffpunkt „Sicherheit + Gesundheit“ mit einem eigenem Stand vertreten (Halle 5, C 18). Wir freuen uns, Sie am VDGAB-Stand zu begrüßen.

Forum „Arbeitsschutzverwaltung in der Strukturreform“ auf der A+A 2007

Unter Federführung des VDGAB bietet das Forum am 20. September 2007, 14.00-17.00 Uhr, betrieblichen Akteuren und Aufsichtsbediensteten wieder die Möglichkeit, über die Erwartungen und Herausforderungen an die staatliche Arbeitsschutzaufsicht zu diskutieren.

Termine des VDSG

In zeitlicher und räumlicher Anlehnung an die A+A findet am 18. September von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr der Erfahrungsaustausch der Ärztinnen und Ärzte der Arbeitsschutzverwaltungen der Länder statt. Im Anschluss daran folgt die Mitgliederversammlung der Vereinigung Deutscher Staatlicher Gewerbeärzte. Das detaillierte Programm wird den Mitgliedern mit der Einladung zugeschickt.

So wollen wir unseren Staat - Ergebnisse einer repräsentativen Befragung

Den Wandel zu gestalten ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Doch welcher und wie viel „Staat“ ist erforderlich, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen und vor allem: Welche Vorstellungen und Wahrnehmungen haben die Bürgerinnen und Bürger vom Staat? Sehen sie ihn eher als den „Enabler“ oder wünschen sie sich den „Rundumversorger“? Welche Reformforderungen und -erfolge sehen sie? Wo und unter welchen Bedingungen sind die Bürger bereit, sich verstärkt einzubringen? Um zu diesen Fragen Hintergrundwissen zu erhalten, führte TNS-Emnid 2005 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung eine repräsentative, telefonische Umfrage unter der deutschen Bevölkerung ab dem 14. Lebensjahr durch. Damit liegt ein aktuelles Meinungsbild der bundesdeutschen Bevölkerung zum Staat und seinen verschiedenen Facetten vor. Die zwei zentralen Ergebnisse dieser Befragung sind:

Einladung zur Abgeordnetenversammlung anlässlich der A+A 2007 am 19. September 2007 in Düsseldorf

Der Vorstand des VDGAB e. V. lädt alle Sektionsvorsitzenden des VDGAB e. V. ein zur Teilnahme an der Abgeordnetenversammlung während der A+A 2007 in Düsseldorf. Sie findet am 19. September 2007, um 17.15 Uhr, im Raum 5 CCD Süd, statt.

Themen:

1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht des Schatzmeisters
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Entlastung des Vorstandes
5. Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie
6. Neues Design für Internet und Newsletter
7. Berichte aus den Sektionen
8. Arbeitsschutz aktuell 2008 (08.-10.10.2008 in Hamburg)
9. Verschiedenes

Einladung zur Mitgliederversammlung anlässlich der A+A 2007 am 20. September 2007 in Düsseldorf

Der Vorstand des VDGAB e. V. lädt alle Mitglieder des VDGAB e. V. ein zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung während der A+A 2007 in Düsseldorf. Die Mitgliederversammlung findet am 20. September 2007 ab 17.15 Uhr, im Raum 6 CCD Süd statt.

Themen:

1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht des Schatzmeisters
3. Wahlen des Vorstandes
4. Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie
5. Neues Design für Internet und Newsletter
6. Berichte aus den Sektionen
7. Arbeitsschutz aktuell 2008 (08.-10.10.2008 in Hamburg)
8. Verschiedenes

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung können wir in der Altstadt einige Stunden gemeinsam beim Düsseldorfer Alt verbringen.

- Die Mehrheit der Deutschen (69 %) fühlt sich für das eigene Wohlergehen selbst verantwortlich. Diese Einstellung ist im Westen verbreiteter als in den neuen Bundesländern. Dort schreiben noch vier von zehn Befragten in erster Linie dem Staat die Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu.
- Bundesweit betrachtet sehen zwei Drittel der Befragten (66%) den Staat als Garant für ein Leben in selbst bestimmter Freiheit. Ein Drittel schreibt dem Staat die Verantwortung zu, ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten.

Der ausführliche Bericht enthält die Auswertung zu dreizehn Fragenkomplexen und kann im Internet herunter geladen werden.

Dr. E. Lehmann

Mehr dazu unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbr/SID0A000F14-6AF76DDB/bst/05-09-30-Repraesentativbefragung_Zukunft-Staat.pdf

Evaluation im Arbeitsschutz - Scoreboard für die EU

Hintergrund

Erstmals hatten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit der Entschließung des Rates vom 03.06.2002 zu einer neuen Gemeinschaftsstrategie 2002-2006 für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz verpflichtet. Im Unterschied zu früheren Programmen sah die neue Strategie die Anwendung einer Reihe verschiedener Instrumente und die Einbeziehung aller Arbeitsschutzakteure vor. Die neue Strategie verfolgte einen umfassenden Ansatz des Wohlbefindens am Arbeitsplatz und berücksichtigte auch Veränderungen in der Arbeitswelt sowie aufkommende Risiken, insbesondere psychosozialer Natur. Bereits bei der Beratung der Strategie wurde im Rat eine Diskussion über ein Beobachtungswerkzeug für die Evaluation - so genanntes Scoreboard - geführt, das die Umsetzung der Strategie in den Mitgliedstaaten begleiten sollte. Schließlich verzichtete man zunächst auf ein solches Werkzeug und richtete an die Kommission, die Sozialpartner und die Mitgliedstaaten den Appell, besondere Maßnahmen für die Implementierung einzuleiten.

Vor diesem Hintergrund ergriffen die nordischen Länder die Initiative und entwickelten im Jahre 2003 das „Nordic Score Board“, mit dem sich der Umsetzungsgrad der neuen Strategie beurteilen lässt. Neben den ursprünglich beteiligten Staaten Finnland, Island, Norwegen, Schweden und Dänemark schlossen sich dieser Vorgehensweise auch Irland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich an. Gemeinsam legten diese Staaten dann das weiter entwickelte Score Board 2005 vor. Beide Score-Board-Berichte stehen in Englisch als PDF-Dateien unter der Internet-Adresse <http://www.at.dk/sw12178.asp> zur Verfügung.

Dr. E. Lehmann, Landesanstalt für Arbeitsschutz NRW

Mehr zum Scoreboard für die EU und den Aktivitäten in Deutschland unter: www.vdgab.de und weitere Informationen: EU-Arbeitsschutzstrategie 2002-2006: http://ec.europa.eu/employment_social/news/2002/mar/new_strategy_de.pdf Score Board 2003 und 2005: <http://www.at.dk/sw12178.asp>

VDGAB bezieht Stellung - Reformen ja - Abbau von Schutz nein!

Die VDGAB-Vorsitzende Dr. E. Lehmann appelliert an die zuständigen Ministerinnen in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt sich für eine einheitliche staatliche Arbeitsschutzpolitik als wichtige Säule der Sozialpolitik einzusetzen. In Schleswig-Holstein soll die Aufgabe Arbeitsschutz auf die Unfallkasse und in Sachsen-Anhalt auf die Landkreise und kreisfreien Städte übergehen.

Mehr dazu unter www.vdgab.de -> Rubrik "Internes"

Schützt das Jugendarbeitsschutzgesetz Berufseinsteiger?

Dem Arbeitsschutz als Teil des Gesundheitsschutzes wird in Deutschland ein hoher Stellenwert eingeräumt. Über den Standardschutz hinaus muss dem Personenkreis der Jugendlichen bzw. Berufsanfänger besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um hier den potentiell zusätzlichen Gefährdungen Rechnung zu tragen.

Dr. med. Wolfgang Weber, Waldemar Alles, Dr. med. Robert Blech, Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht, Abteilung 3 - Staatlicher Gewerbeamt für Rheinland-Pfalz

Mehr dazu unter www.vdgab.de

Gefährdungen beurteilen - auch im Kleinbetrieb!

Eine gemeinsame Aktion der Arbeitsschutzbehörden Berlins und Brandenburgs und der Berufsgenossenschaften

„Pass auf Deine Gesundheit auf“ oder „take care“ ist eine Empfehlung an jedermann. Schließlich ist die Gesundheit eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität. Für den Arbeitgeber und seine Beschäftigten hat die Gesundheit eine besondere Bedeutung. Der gesunde Chef (Arbeitgeber) wird sein Unternehmen besser führen und die gesunden Beschäftigten werden ihre Arbeit besser leisten können.

An den Arbeitsplätzen kann die Gesundheit durch eine Vielzahl von Bedingungen gefährdet sein. Dabei ist das Spektrum möglicher gesundheitsschädlicher Faktoren je nach Branche unterschiedlich. Dieses reicht von gravierenden Sicherheitsmängeln an Maschinen und Anlagen über die gesundheitsschädigende Einwirkung von Gefahrstoffen oder die Verwendung ungeeigneter Arbeitsmittel bis hin zu möglichen psychischen Fehlbelastungen u.a. durch erheblichen Zeitdruck, Über- oder Unterforderung. Es lohnt sich, sich mit diesen „Bedingungen der Arbeit“ und ihren möglichen Folgen für Gesundheit und Sicherheit auseinander zu setzen. Nach dem Arbeitsschutzgesetz besteht hierzu auch eine gesetzliche Verpflichtung für den Arbeitgeber. In dem Gesetz ist das hiermit verbundene Vorgehen als „Gefährdungsbeurteilung“ bezeichnet. Mit dem dafür nötigen systematischen Vorgehen gibt es insbesondere in Klein- und Kleinstbetrieben Probleme. Hier

steht das Überleben auf dem freien Markt mitunter so stark im Vordergrund, dass das Motto „take care“ beim Chef ins Hintertreffen gerät. Deshalb ist es um so wichtiger, die Gefährdungsbeurteilung nicht als einen zusätzlichen lästigen Formalismus zu verstehen, der mehr Mühe macht als Nutzen bringt.

Die Arbeitsschutzbehörden von Berlin und Brandenburg führen gegenwärtig zusammen mit der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU), der Norddeutschen Metall-BG, der Steinbruchs-BG, der BG Feinmechanik und Elektrotechnik sowie der Verwaltungs-BG ein Programm zur „Gefährdungsbeurteilung und Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen in Kleinbetrieben“ durch. Die gemeinsame Aktion beruht auf einer Kooperationsvereinbarung zwischen den beteiligten Ländern und den BG'en sowie einem gemeinsam entwickelten Grundverständnis zur Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung in den Betrieben. Damit ist der Grundstein für ein abgestimmtes, die Betriebe möglichst wenig belastendes Vorgehen gelegt.

Ralf Grüneberg, Landesamt für Arbeitsschutz des Landes Brandenburg

Mehr dazu unter www.vdgab.de

Marktüberwachung und Arbeitsschutz - Projekt CE-coach

Vorrangiges Ziel des europäischen Binnenmarktes ist die Sicherung eines beständigen Wirtschaftswachstums, eines ausgewogenen Handels und des freien Wettbewerbs. Dazu gehört der freie Warenverkehr innerhalb der EU. Um dies zu regeln, erlässt die EU Richtlinien für Produktgruppen, im technischen Bereich z. B. für Maschinen, elektrische Energie und Spielzeug. Die EU regelt mit diesen Richtlinien aber nicht nur den freien Warenverkehr, sondern hat auch den Schutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz im Auge.

Ergebnisse der Marktüberwachung. Die Situation im Maschinenbau ist nach den Ergebnissen der behördlichen Marktüberwachung dadurch gekennzeichnet, dass ein großer Teil der Maschinen/Anlagen, die auf den Markt gebracht werden, erhebliche sicherheitstechnische Mängel aufweisen. Nur ein geringer Prozentsatz ist unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten nicht zu beanstanden. Ursache für diese Situation ist die Tatsache, dass die Maschinenrichtlinie, obwohl bereits vor vielen Jahren verabschiedet, weitgehend unbekannt ist. Weniger als 50 % der Konstrukteure kennen die Grundlagen für Planung und Konstruktion. Damit sind die Unternehmen für die Vermarktung ihrer Produkte auf dem europäischen Binnenmarkt schlecht aufgestellt. Außerdem kann dies zu Defiziten im Arbeitnehmerschutz und bei Störfallanlagen (Druckgeräte, Geräte in explosionsgefährdeter Atmosphäre) im Drittschutz führen.

CE-coach – ein präventiver Einsatz zum Wissensmanagement

Eine nachhaltige Verbesserung der Situation kann nicht allein durch behördliche Marktüberwachungsmaßnahmen erreicht werden, vielmehr muss es auch darum gehen, die Ingenieurausbildung durch Vermittlung von grundlegendem Wissen zum freien Warenverkehr gezielt zu verbessern. Tatsächlich weisen die derzeitigen Lehrinhalte an den Hochschulen diesbezüglich große Defizite auf. Als präventiven Ansatz führt das Umweltministerium Baden-Württemberg daher das Projekt CE-coach durch. Mit CE-coach soll ein medienbasiertes Aus- und Weiterbildungsangebot aufgebaut werden, dessen Module sowohl in der primären Ingenieurausbildung selbst als auch für einzelne Unternehmen für Bildungszwecke genutzt werden können. Zum Einsatz kommen sollen E-Learning- und Rich-Media-Technologien, also Einheiten, die individuell bearbeitet werden können, sowie Wissensmanagementtechnologien, die einen Austausch der Erfahrungen von den Lernenden untereinander mit Hilfe sogenannter „communities of practice“ ermöglichen. Diese mediengestützten Bausteine sollen eingebettet werden in ein Gesamtkonzept, das auch klassische Formen von begleitenden Präsentationsveranstaltungen umfasst. Zudem soll ein allgemeines internetbasiertes Informationsangebot erarbeitet werden, um den Markt über die CE-Kennzeichnung und die damit verbundenen Chancen und Risiken zu informieren und zu sensibilisieren.

Am 26. Juni 2007 fand in Esslingen/Neckar eine erste Konferenz statt, in der aus der Praxis heraus Lösungsansätze aufgezeigt wurden, die u. a. eine bessere strategische Ausrichtung von Unternehmen im Hinblick auf CE-Management, Kosten, Haftung und Anwendung von Normen ermöglicht. Zielgruppe sind Geschäftsführer und andere Entscheidungsträger in Fachbereichen der produzierenden Industrie, die dabei erfahren können, wie sie von dem Vorhaben CE-coach profitieren können. Mit Abschluss des Projektes ist bis Anfang 2009 zu rechnen.

GD Ralf Rutscher, Umweltministerium Baden-Württemberg
Referat Geräte- und Produktsicherheit

Mehr dazu unter www.vdgab.de

Klimaschutz – was tun?!

Klimaschutz geht uns alle an! Energieeinsparung zur Minderung des CO₂-Ausstoßes ist das (weltweite) Gebot der Stunde, um die weitere Erderwärmung zu begrenzen. Ein Beispiel: In Niedersachsen gibt es 40 Pflanzenarten, die sich auf Grund der höheren Durchschnittstemperaturen neu angesiedelt haben (und neue Strategien z. B. in der Landwirtschaft fordern).

Der Eisbär Knut ist zwar einerseits Tourismusmagnet, andererseits hat er Symbolcharakter für zu erhaltende heute bedrohte Lebensräume. Maßnahmen zum Schutz des Klimas dürften demnach verstanden werden und damit auf einige Akzeptanz stoßen. Das Gute ist, dass auch von Jedermann leistbare kleine Schritte einen Beitrag zum großen Gesamtpaket Klimaschutz bedeuten. Verbote und restriktive Sofortmaßnahmen – wie z. B. geplante Fahrverbote und Umweltzonen – stoßen jedoch noch auf Widerstände, verständlich. Was also ist zu tun?

Wir werden uns den Herausforderungen stellen und innovative Technologien für ein Mehr an Klimaschutz entwickeln müssen. Zur Erhaltung unseres Lebensstandards ist es notwendig, zukunftsweisende Lösungen anzubieten und ausreichende finanzielle Mittel für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zur Verfügung zu stellen, so z. B. auf dem Gebiet des der effizienten Energieeinsatzes.

Sparpotenziale müssen entdeckt, beachtet und gepflegt werden, dieses gilt auch für den persönlich zu beeinflussende Bereich, sei es das Fahrradfahren im nahen Umfeld und das Auto stehen lassen, Deutschland als Urlaubsziel entdecken und auf Fernreisen zu verzichten, Bioenergie nutzen und Strom zu sparen, intelligente Verkehrssysteme vorhalten, um den Verkehrsfluss zu optimieren, Wärmedämmung von Häusern, Fernwärmeangebote nutzen, Blockheizkraftwerke einsetzen und vieles mehr...

Es gilt Lösungen zu entwickeln, um die weitere Erwärmung zu stoppen... Hier hat die Gewerbeaufsicht möglicherweise Aussicht, einen neuen Aufgabenbereich zu bearbeiten. Für den Emissionshandel ist sie bereits zuständig - wird sie künftig z.B. zu Maßnahmen der Energieeffizienz beraten oder sie bewerten?

Dipl.-Ing. Almuth von Below-Neufeldt
Gewerbeaufsichtsamt Göttingen



In eigener Sache

„Herausforderungen annehmen, Zukunft gestalten“ - diese gestalterische Aufgabe des VDGAB sehen wir auch bezogen auf die Präsentation unseres Vereins. Der VDGAB-Auftritt in Internet/Newsletter ist „in die Jahre“ gekommen, deswegen „basteln“ wir an einem neuen Erscheinungsbild. Einen ersten Eindruck gibt der Blick auf den neugestalteten „Kopf“ dieses Newsletters. Einen detaillierten Entwurf stellen wir Ihnen auf der Mitgliederversammlung im September anlässlich der A+A 2007 vor. Leider konnten wir auch in dieser Ausgabe einige interessante Beiträge nur in Kurzform abdrucken. Die Ursprungsfassungen sind auf unserer Internetseite www.vdgab.de eingestellt. Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren und bitten um Verständnis.

Die Redaktion

Das Interview

„Gewerbeaufsichtsbeamter mit Leidenschaft“ – Der stellvertretende Vorsitzende des VDGAB, Dipl. Ing. Klaus Lemanski, tritt in den wohlverdienten Ruhestand

Stationen eines bewegten Arbeitslebens

1967 Ausbildung im Gewerbeaufsichtsamt in Essen - 1969 Nach der Ausbildung geht's zum Gewerbeaufsichtsamt in Düsseldorf - 1971 Gewerbeaufsichtsamt Duisburg - 1989 wieder in Düsseldorf, zur Zentralstelle für Sicherheitstechnik - 1994 Aufbau, kommissarische und stellvertretende Leitung der Landesanstalt für Arbeitsschutz - 2001 Leiter des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz Köln - 2003 Leiter des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz Essen - 2007 Hauptdezernent der Bezirksregierung Düsseldorf, Arbeitsschutz Außenstelle Essen, wo sich der Kreis am 30.09.2007 schließen wird.

40 Jahre im Dienst der Gewerbeaufsicht - Nur ein Job wie jeder andere? Nein – ich war ja auch Ausbildungsleiter für die Nachwuchskräfte der Arbeitsschutzverwaltung und Prüfungsausschussvorsitzender für den mittleren techn. Dienst in NRW. Ich hab immer versucht klar zu machen, dass man zwar für jeden Beruf eine gewisse Leidenschaft haben muss, als Gewerbeaufsichtsbeamter braucht man jedoch eine besondere Leidenschaft. Ich habe meinen Auftrag immer darin gesehen, technisches Wissen mit der Verantwortung für die Gesunderhaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verknüpfen.

Was sehen Sie rückblickend als Ihre größten Erfolge? Ausgelöst durch das Buch von Günther Wallraff „Ganz unten“ (1985) gerieten wir in eine Situation, in der wir gefragt wurden, was macht ihr eigentlich als Gewerbeaufsicht? Wallraff hatte in seinem Buch auch über erschreckende Arbeitsverhältnisse mit Blick auf das „Fremdfirmenunwesen“ in der Eisen- und Stahlindustrie berichtet, wo er als Arbeiter „getarnt“ Einblicke gewonnen hatte. Damals kam politischer Druck auf – die Landesregierung musste auf die Vorwürfe reagieren. Es wurde eine Sondereinheit gegründet – die mobile Einsatzgruppe der Gewerbeaufsicht (MEG). Ich war Leiter der 6-köpfigen Gruppe, die fast sechs Jahre lang landesweit auf den Geländen großer Betriebe und auf Großbaustellen die Fremdfirmen ins Visier genommen hat. Neben dem Blick auf Arbeitsschutz, Sicherheitstechnik und Gesundheitsschutz haben wir unser Augenmerk auch auf Schwarzarbeit und Leistungsmissbrauch gerichtet und unsere Erkenntnisse an die jeweiligen Behörden weitergegeben. Und wir haben auch Erfolge verzeichnet. In einer Vereinbarung mit dem damaligen Arbeitsministerium haben sich die Vorstände von Großunternehmen der Eisen- und Stahlindustrie im Duisburger Raum verpflichtet, das Arbeitsschutzniveau für alle bei Fremdfirmen Beschäftigten an das Niveau des eigenen Personals anzupassen. Außerdem wurde vertraglich geregelt, dass die Sicherheitsingenieure der Auftragsfirmen die Beschäftigten der Fremdfirmen mitbetreuen - ein gewaltiger Schritt in die richtige Richtung.

Impressum

Herausgeber (VtSdP) Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter e.V.
c/o Landesanstalt für Arbeitsschutz des Landes NRW
Ulenbergstr. 127-131, 40225 Düsseldorf
Tel: 02 11 -31 01 -11 49 Fax: 02 11 -31 01 -1189
Vorstand Dr. Eleftheria Lehmann Tel: 02 11 -31 01 -1149
(geschäftsführend) Dipl.-Ing. Klaus Lemanski Tel: 02 01 -27 67 -168
Dipl.-Ing. Walter Schlummer Tel: 02 31 -54 15 -636
Beisitzer Dipl.-Ing. Ursula Aich, Dipl.-Ing. Rainer Hofmann,
Dipl.-Ing. Klaus-Peter Garten, Dr. med. Michael Heger
(koopertiertes Mitglied)

Wie sieht Ihre persönliche Bilanz der jüngsten Verwaltungsstrukturreform in NRW aus, mit der zum 01.01.2007 die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz in die Bezirksregierungen integriert wurden? So lange ich den Eindruck habe, dass der staatliche Arbeitsschutz weitergeführt wird, dann kann ich mit einer Veränderung der Organisationsstruktur positiv umgehen. Es gibt Einschnitte in der persönlichen Gestaltungsfreiheit – aber man muss eben das Beste daraus machen. Nach wie vor ist der Gewerbeaufsichtsbeamte vor Ort in der Lage, etwas einzuschätzen, zu reagieren, Maßnahmen anzuordnen, etwas durchzusetzen zum Wohle der Beschäftigten. Allerdings, man muss ganz deutlich sagen, der Abbau von Behörden hat sicherlich einen Spareffekt, der als Konsequenz auch weniger Schutz für den Menschen bedeuten kann. Wenn der Abbau staatlicher Überwachung so weit getrieben wird, bis es der letzte begriffen hat, dann ist es zu spät. An wen können sich die Arbeitnehmer dann noch wenden? Wenn ich die Zahl der Beschwerden sehe, die bei uns eingehen, dann ist das zahlenmäßig schon doppelt so viel im Vergleich zum Vorjahr - anonyme Beschwerden von Arbeitnehmern, die wissen, noch gibt es eine Stelle, an die ich mich wenden kann.

Was wünschen Sie sich für die zukünftige Entwicklung im Arbeitsschutz? Es muss weiterhin eine gesicherte staatliche Einrichtung da sein. Der Arbeitsschutz ist eine soziale Errungenschaft unserer Gesellschaft, die sich über 150 Jahre entwickelt hat und wenn es das nicht mehr gibt, dann wäre das ein dramatischer Rückschritt. Ich hoffe, dass es noch genug politische Kräfte gibt, die einen derartigen Rückschritt verhindern.

Was möchten Sie jüngeren Gewerbeaufsichtsbeamten mit auf den Weg geben? Ich kann denen nur mit auf den Weg geben, kämpft mit allen gegebenen Möglichkeiten, ob in der Politik, im Bekanntheitskreis, im Verein für den Erhalt des staatlichen Arbeitsschutzes. Und natürlich empfehle ich auch, sich im VDGAB zu engagieren, der eine wichtige bundesweite Plattform für die Interessen des Arbeitsschutzes ist und Mitglieder für den VDGAB zu werben.

Wie geht es für Sie mit Ihrem Eintritt in den Ruhestand im VDGAB weiter? Auf jeden Fall bleibe ich dem VDGAB verbunden. Ich werde allerdings nicht mehr für den Vorstand des VDGAB kandidieren. Die aktive Vorstandstätigkeit möchte ich gerne jüngeren Nachwuchskräften überlassen, die voll im Arbeitsleben drin stecken. Natürlich werde ich mich auch als Pensionär engagieren, wenn jemand meinen Rat braucht, bin ich mit Sicherheit dabei.

Was wünschen Sie dem VDGAB für die Zukunft? Ich wünsche dem VDGAB, dass er sich weiterhin verstärkt. Das ist ein Appell an alle Mitglieder, die Werbetrommel zu rühren. Sorgt dafür, dass der VDGAB wächst, um gehört zu werden.

Das Interview mit Klaus Lemanski führte Gaby Lopian, Landesanstalt für Arbeitsschutz NRW, Düsseldorf

Redaktion Dipl.-Ing. Almuth von Below-Neufeldt, Dipl.-Ing. Klaus Lemanski,
Dipl.-Ing. Klaus-Peter Garten, Dipl.-Ing. Wolfgang Klein,
Dipl.-Ing. Reinhard Wiedemann, Gaby Lopian
Gestaltung Nicole Riback
Druck woggonprintmedia gmbh, Hardegsen

Nachdruck nur mit schriftlicher Einwilligung der Redaktion gestattet.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Auffassung des Herausgebers wieder.



Verein Deutscher
Gewerbeaufsichtsbeamter e.V.

Ausgabe 02/2007



Gemeinsam mehr erreichen - ein Beispiel aus Essen

Die Essener Vereinsmitglieder haben einen Erfahrungs- und Wissensaustausch mit anderen Vereinen und Verbänden aus der Region Essen initiiert. Für die Verbesserung und für den Erhalt des Schutzes der Arbeitnehmer und Verbraucher möchten sich die Mitglieder mit Partnern aus der Region austauschen und gemeinsam einsetzen. Durch einen Informationsaustausch mit anderen Vereinen aus Essen können die Anliegen des VDGAB in der lokalen Region positioniert und auf den VDGAB aufmerksam gemacht werden.

Für die erste Kontaktaufnahme wurde ein Flyer erstellt, der den VDGAB und insbesondere die Vereinsmitglieder aus Essen vorstellt. Die Flyer wurden mit einem Anschreiben an entsprechende Vereine gesendet und das Interesse über einen Informationsaustausch mit dem VDGAB abgefragt. Als erste Vereine wurden die Arbeitnehmerbewegungen der beiden christlichen Kirchen angeschrieben und zu einem persönlichen Kennenlernen eingeladen. In Gesprächen mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und der Evangelischen Arbeitnehmerbewegung aus Essen konnten gemeinsame Interessen zum Wohl der Beschäftigten in der Region festgestellt werden. Die Zusammenarbeit von Vereinen mit ähnlichen Interessen bietet allen Beteiligten viele Vorteile. Die Anliegen der Vereine können einer größeren Öffentlichkeit mitgeteilt werden und Mitstreiter aus anderen Verbänden können gefunden werden. Die Erkenntnisse und Erfahrungen der anderen können genutzt werden um eigene Standpunkte weiterzuentwickeln und zu festigen.

Als erste Zusammenarbeit werden wir uns gemeinsam dem Thema „Wertewandel – Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen abhängiger Beschäftigter“ annehmen. Dabei widmen wir uns der Fragestellung, ob der Wert des wirtschaftlichen Erfolges von Unternehmen immer stärker an Bedeutung gewinnt und gleichzeitig der Wert menschengerechter Arbeitsbedingungen in den Hintergrund tritt.

Jan Seidel, VDGAB Essen

Inhalt

Seite 1 Editorial
Gemeinsam mehr erreichen - ein Beispiel aus Essen

Seite 2 Willkommen im VDGAB
Aus den Sektionen
- LUWG-Präsident Dr. Rother aus aktivem Dienst verabschiedet
- Generationswechsel in Bayern
- Phaeno(menal) - Sektion Niedersachsen/Bremen auf Erkundungsgang in Wolfsburg

Seite 3 A+A 2007, 18. - 21. September
- Rund um die A+A
- Der VDGAB auf der A+A
- Forum Arbeitsschutzverwaltung
- Termine des VDSG

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in einem Gespräch mit Freunden über den Klimawandel wurde mir die Frage gestellt: „Was tut ihr von der Aufsicht für den Klimaschutz?“ Ich konnte auf viele Dinge hinweisen, die wir als Aufsichtsführende für die Umwelt tun und damit direkt oder indirekt zum Klimaschutz beitragen. Und ich habe mich über diese Frage gefreut, drückt sie doch die Erwartung der Menschen in unserem Land aus, dass der Staat über das Allgemeinwohl wacht. Was konkret die Vorstellungen und Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger vom Staat sind, brachte eine repräsentative Befragung von TNS-Emnid zutage. Bemerkenswert sind ihre Aussagen hinsichtlich der Aufgaben des Staates: die Befragten nennen die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung als die wichtigste Aufgabe, gefolgt von der Chancengleichheit bei der Bildung und der Sorge für Gerechtigkeit. Die Mehrheit fordert zudem die Sicherstellung gesunder Lebensbedingungen sowie eine gesicherte Zukunft vom Staat. Über diese - für unsere Arbeit bedeutende - Studie finden Sie in diesem Heft einen kurzen Bericht.

Dass sich der Staat den Herausforderungen der Zukunft stellen und dabei Strukturen verändern muss, ist unstrittig. Dies darf jedoch nicht an den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen vorbei geschehen. Der VDGAB beobachtet mit Sorge den stattfindenden Abbau von Ressourcen und Kompetenzen in fast allen Bereichen des Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes. Nur noch Skandale vermögen die Politik wach zu rütteln und punktuell den Erosionsprozess zu stoppen. Wir werden nicht untätig zuschauen, sondern uns verstärkt in Netzwerken und Bündnissen für einen Staat einsetzen, der seiner Garantenrolle gerecht wird und dafür die Schlagkraft und Kompetenz seiner Überwachungsbehörden erhält und bedarfsgerecht ausbaut.

Dr. E. Lehmann

- Einladung zur Abgeordnetenversammlung
- Einladung zur Mitgliederversammlung
So wollen wir unseren Staat - Ergebnisse einer repräsentativen Befragung

Seite 4 Evaluation im Arbeitsschutz – Scoreboard für die EU
VDGAB bezieht Stellung
Schützt das Jugendarbeitsschutzgesetz Berufseinsteiger?
Gefährdungen beurteilen – auch im Kleinbetrieb!

Seite 5 Marktüberwachung und Arbeitsschutz-Projekt CE-coach
Klimaschutz - was tun?!
In eigener Sache

Seite 6 Das Interview
Impressum